



# LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - [www.vaterland.li](http://www.vaterland.li)

## Ein breiter Fächer von Werken

Die Hilti Art Foundation zeigt in ihrer Sammlung Fotografien des deutschen Künstlers Thomas Struth. 13

## Ende April schliesst die «Garage»

Das Schaaner Nachtleben wird um ein Lokal ärmer, denn bald gehen in der Central Garage die Lichter aus. 5

**FIRMENSÜCHE.LI**  
Grösste digitale Wirtschaftsdaten  
Firmen | Personen | FL | Schweiz

## Aufgeflogen

Das Kokain war in einem Sitzmöbel versteckt 2

## LAK

Noch offen, ob weiterer Standort nötig ist 3

## Erfindung

Ein neuer Vegi-Burger auf dem Menüplan 5

## Erweiterung

Der PSV Balzers erhält ein Materiallager 15



## Verwurzelung

Balzner halten ihrer Gemeinde öfter als andere die Treue. 9

## Sapperlot

Ein Naherholungsgebiet in der Natur und in unmittelbarer Nähe ist fast schon Luxus. Nach Feierabend kurz ein Spaziergang im Grünen, oder anstatt Abendessen zu kochen dort rasch etwas am offenen Feuer grillieren. Eigentlich etwas ganz Tolles, vor allem, wenn man keinen Garten besitzt. Doch der friedliche Schein trügt. Sobald die Temperaturen ein wenig ansteigen und Wochenende ist, strömen alle in die sogenannten Naherholungsgebiete. Und sie sind nicht alleine. Morgens bis abends besetzen sie die Grillstellen, liegen auf ihren mitgebrachten Liegestühlen herum, das Buffet auf dem Klappstisch ausgebreitet, frische Getränke in der Kühlbox, die Kinder tolen mit ihren Spielzeugen herum und die Musik darf auch nicht fehlen. An Ruhe und Erholung ist nicht mehr zu denken. Die Parkplätze sind belegt, also wird in der Wiese parkiert. Schliesslich kann man all die Ware nicht mit dem Fahrrad transportieren. Da muss schliesslich alles mit, es darf an nichts fehlen. *Melanie Steiger*

17 Uhr.  
Was Neues?

Gehen Sie online.



[www.vaterland.li](http://www.vaterland.li)

# Es soll erneut demonstriert werden

**Unzufrieden** Am Samstag, 4. Mai, wollen die zehn Initianten erneut gegen die hohen Gesundheitskosten demonstrieren – die Bewilligung der Regierung fehlte bis gestern noch.

Susanne Quaderer  
squaderer@medienhaus.li

Ein weiteres Mal wollen sich unzufriedene Bürger vor dem Regierungsgebäude in Vaduz formieren und gemeinsam friedlich gegen die hohen Gesundheitskosten demonstrieren. Bereits am vergangenen Donnerstag hatten sich 70 Personen bei Schneeregen dort versammelt und sich mit Plakaten und Ansprachen für eine Verbesserung der Situation stark gemacht. Die zehn Initianten erklärten bereits damals, dass man weitermachen wolle, bis sich etwas ändere. Und das soll nun am Samstag, 4. Mai, um 18 Uhr geschehen. Auf Anfrage wusste die Regierungskanzlei bis gestern Nachmittag jedoch noch nichts von einer allfälligen zweiten De-

monstration. Somit ist sie noch nicht bewilligt. Emrullah Karakoc, einer der Initianten, erklärte, dass sich ihnen mittlerweile bereits 300 Personen angeschlossen hätten. Dies wäre fast eine Verdreifachung der Personenanzahl von vergangener Woche.

### Flyer für mehr Informationen

Die zweite Demonstration solle mit neuen Plakaten ergänzt werden. Zudem hat die Initianten-Gruppe beschlossen, Flyer drucken zu lassen, die sie in der Folge in Einkaufszentren verteilen will. Dies solle der Bevölkerung noch mehr Informationen zur Demonstration geben, so Karakoc. Die Initianten wollen sich zudem in den nächsten Tagen zusammensetzen und besprechen, wie

die erneute Demonstration konkret vonstatten gehen soll, denn das konnte Karakoc gestern noch nicht mitteilen. Ein Gespräch zwischen dem Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini und der Gruppierung hätte bis anhin auch noch nicht stattgefunden. Dafür müsste zuerst besprochen werden, welche Punkte sie konkret ansprechen wollen und dafür müssten sie sich dementsprechend vorbereiten, so der Initiant. Das Gespräch hatte Pedrazzini den Initianten vergangene Woche angeboten.

### «Mit voller Wucht getroffen»

Die Demonstranten fordern von der Regierung fünf Punkte: Die Rückkehr zur Solidargemeinschaft in der Krankenversiche-

rung, die Senkung von Franchise und Selbstbehalt auf ein vernünftiges Mass, die Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags, die Erweiterung der Prämienverbilligung zur Entlastung des Mittelstandes sowie die Abschaffung des Leistungsaufschubs. Wobei Letzteres bereits vergangene Woche vom Staatsgerichtshof als verfassungswidrig erklärt wurde. Die Rede an der Demo am vergangenen Donnerstag brachte den Unmut von Teilen der Bevölkerung zum Vorschein. So erklärte eine Rednerin: «Alle Bürger, die keine staatliche Unterstützung erhalten, weil sie leicht über den Grenzwerten liegen, werden von den Gesundheitskosten mit voller Wucht getroffen.» Nun sei die Politik gefragt und die Eitelkeit dürfe dabei nicht im Weg stehen.

## Kreditantrag für Landesbibliothek über 22 Millionen

Die Regierung legt dem Landtag einen Kreditantrag über 22 Millionen Franken für die Umnutzung des Post- und Verwaltungsgebäudes für die Landesbibliothek vor. Für die wegfallenden Arbeitsplätze in der Landesverwaltung will die Regierung das Projekt «Dienstleistungszentrum» am Giessen erweitern und beantragt dafür 14,3 Millionen Franken. Der Landtag wird die Vorlage voraussichtlich in seiner Mai-Session behandeln. 3

## ESA droht Liechtenstein mit Verfahren

Die EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) hat Liechtenstein gestern gemahnt, weil noch kein Abfallbewirtschaftungsplan und kein Abfallvermeidungsprogramm eingeführt worden ist, wie dies im EWR-Abkommen vorgesehen sei. Gemäss ESA hätte Liechtenstein bis 2012 einen Abfallbewirtschaftungsplan und bis 2013 ein Abfallvermeidungsprogramm einführen müssen.

Die ESA betrachtet dies als Verstoss gegen das EWR-Abkommen und die Behörde droht in einer Pressemitteilung damit, die Angelegenheit vor den EFTA-Gerichtshof zu bringen, wenn Liechtenstein «nicht innerhalb von zwei Monaten die erforderlichen Massnahmen ergreift». Vonseiten der Behörden in Vaduz nahm man die Nachricht relativ gelassen entgegen. Die entsprechenden Unterlagen seien in Bearbeitung. (sap)

## Urne wird zum Wähler gebracht

Indien Auf dem Subkontinent Indiens sind über zehn Prozent der gesamten Menschheit wahlberechtigt. Das bedeutet, dass 900 Millionen Inder seit gestern aufgefordert sind, bis zum 19. Mai ihre Stimme an der Urne abzugeben. Die Anzahl an Einwohnern stellt die Wahlbehörden im Land vor eine grosse logistische Herausforderung. Schliesslich gibt es ein indisches Gesetz, das vorschreibt, dass kein Wähler mehr als zwei Kilometer bis zur Urne zurücklegen soll. Darum werden eine Million elektrisch betriebene Urnen bereitgestellt. Wenn nötig, werden diese gar mit Mauleseln in die entlegensten Dörfer transportiert. Eins ist jedoch schon gewiss: Der Ausgang der Wahl wird Folgen weit über die Landesgrenzen hinaus haben. (red) 25

## Raiffeisen Schweiz: Auch Liechtenstein eröffnet Strafverfahren



**Geldwäsche** Die Staatsanwaltschaft in Liechtenstein hat eine strafrechtliche Untersuchung rund um den Fall der Raiffeisen Schweiz eingeleitet. Sie ermittelt nun gegen mehrere Personen wegen des Verdachts auf Geldwäsche. In Zürich ist Pierin Vincenz, der ehemalige CEO der Bank, bereits ins Visier der Ermittler geraten. 21

Bild: Urs Bucher



40015

9 771818 920002